Der Bericht des Budgetausschusses.

Wien, 4. Februar.

Heute liegt der Bericht des Budgetausschusses des Abgeordnetenhauses über das Budget für das Jahr 1917/18 vor. Referent ist der Abg. Dr. Steinwender. Der Bericht faßt zunächst die Schlußziffern des Budgets zusammen. Infolge der Nachtragsverordnungen sind das Gesamterfordernis von 22.169 auf 23.832, somit um 1663 Millionen Kronen, die Einnahmen von 4194 auf 4860, somit um 666 Millionen Kronen, der Gesamtabgang von 17.975 auf 18.972 Millionen Kronen gestiegen. Die Kreditermächtigung ist von 18 auf 21 Milliarden Kronen ausgedehnt worden. Von den Gesamtausgaben von 23.832 Millionen Kronen entfallen auf die mobilisierte bewaffnete Macht 12 Milliarden Kronen, auf die durch den Krieg verursachten Ausgaben der Zivilverwaltung 6142 Millionen. Diese sind: Unterhaltsbeiträge 3.432,000.000 Kronen, Flüchtlingsfürsorge 993,000.000 K., Zulagen für Staatsangestellte, Arbeiter, Geistliche und Lehrer 955,000.000 Kronen, Wiederaufrichtung der Kriegsgebiete 364,400.000 K., sonstige Kriegshilfsmaßnahmen 396,800.000 K., es bleiben somit an dauernden Ausgaben 5.690,572.254 K.

Von den Gesamteinnahmen mit 4.860,764.691 K. entfallen auf vorübergehende Einnahmen 798,313.452 K., darunter allgemeine Kriegssteuer 700,000.000 K., Kriegssteuer der Oesterreichisch-ungarischen Bank 94,700.000 K., so daß als dauernde Einnahmen verbleiben 4.062,451.239 K.

Vom Gesamtabgang von 18.972,034.323 K. kommen also auf den Abgang in der dauernden Gebarung 1.628,121.015 K.

Die Gesamtausgaben des laufenden Jahres in der dauernden Belastung betragen 5.690,600.000 K. gegenüber 3.461,000.000 K. des Jahres 1913. Aus dieser Zunahme von 2.229,600.000 K. entfällt ein Mehr von 1.958,000.000 K. auf den Dienst der Staatsschulden und 387,000.000 K. auf das Eisenbahnministerium. Seit dem Jahre 1899 haben wir ein ständiges Defizit im Staatshaushalt gehabt. Dieses betrug 1899 15·3, 1900 10·1, 1901 42·7, 1902 94·8 1903 120·1, 1904 138·8, 1905 111·6, 1906 17·1, 1907 107 1908 189·1, 1909 292·2, 1910 237, 1911 142, 1912 175·8, 1913 401·2, erstes Halbjahr 1914 219·9 Millionen Kronen. Durch eine bessere Wirtschaft wäre der Zinsfuß herunter- und die Produktion hinaufgegangen und wir hätten $2^1/_3$ Milliarden an Schulden erspart. Daß sich für ein solches Budget, mit dem wir in der Welt einzig dastanden, kein Mensch interessierte, weil Eisenbahnbauten, Wasserstraßen und Flußregulierungen, Fahrbetriebsmittel, Telephonbauten, Industrie- und Exportförderung, Kliniken, Beamtenwohnungsfürsorge usw. nicht im Voranschlage enthalten sind, braucht nicht zu verwundern. Die Finanzwirtschaft des Staates vollzog sich, trotz der Tausende von mitgeteilten Ziffern, unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. Für Erhöhung von Steuern und Gebühren ist die längste Zeit gar nichts geschehen. Erst allmählich sind Steuern und Gebühren sehr langsam in Wirksamkeit gesetzt worden. Durch die späte Aktivierung der Kriegssteuer verlor der Staat ungezählte Hunderte von Millionen, die den Kriegsgewinnern in der Tasche blieben.

Die dauernden Einnahmen des Jahres 1917/18 sind mit 4062·6 gegen 3080 Millionen Kronen im Vorjahre eingestellt. Es stellen sich die direkten Steuern auf 676·8 Millionen gegen 431·5 Millionen, die Zölle auf 101·7 Millionen gegen 199·9 Millionen, die Verzehrungssteuern auf 353·2 Millionen gegen 418·4 Millionen, die Gebühren auf 471·8 Millionen gegen 265·5 Millionen, die Monopole auf 648·8 Millionen gegen 433·1 Millionen, die Staatsbetriebe auf 1715 Millionen gegen 1208·1 Millionen, die Verwaltungseinnahmen auf 93 Millionen gegen 123·8 Millionen Kronen. Der Bericht fährt dann fort:

Die Frage, ob es nicht möglich gewesen wäre, die Steigerung des Abganges zu vermindern, kann nicht verneint und soll auch nicht vertagt werden. Hunderttausende von Felddienstuntauglichen werden ohne ausreichende Beschäftigung zurückbehalten, vermehren nutzlos die Kosten der Mobilisierung, belasten den Staat mit Unterhaltsbeiträgen und fehlen als Arbeiter in der Landwirtschaft, im Gewerbe und im staatlichen Dienste. Die Bestimmungen des Gesetzes über die Unterhaltsbeiträge haben sich, da jede Rücksicht auf das Ausmaß des Bedürfnisses ausgeschlossen ist, als ganz verfehlt erwiesen. Oft wird doppelt und dreimal so viel bewilligt, als dem Bedürfnisse entsprechen würde, dafür allerdings in vielen Fällen auch gar nichts, wenn die Kommission, die an einen bestimmten Betrag gebunden ist, diesen für so hoch erachtet. Ohne jede Härte, lediglich mit Rücksicht auf das Bedürfnis, würde sich an der Summe von 3432 Millionen leicht eine halbe Milliarde ersparen lassen. Ebenso geht die Ausgabe für die Flüchtlingsfürsorge, die nunmehr schon mit 994 Millionen für das laufende Jahr eingestellt ist, offenbar zu weit, namentlich deshalb, weil der Zuschuß sich mit dem Unterhaltsbeitrage kumuliert, so daß der Gesamtbezug 8000 K. erreichen und übersteigen kann. Durch Entlassung von militärisch wertlosen Kriegsdienstuntauglichen und durch eine Anpassung der Unterhaltsbeiträge und Flüchtlingsunterstützungen an das Maß des tatsächlichen Bedürfnisses hätte sich in einem Verwaltungsjahre ohne jeden Schaden eine Minderausgabe von einer Milliarde erzielen lassen und das Erfordernis der außerordentlichen Gebarung der Zivilverwaltung wäre nicht seit der Einbringung des Staatsvoranschlages um mehr als 1600 Millionen Kronen gestiegen.

Der Gesamtertrag aller neuen Steuern wurde auch noch übertrieben auf 720 Millionen Kronen geschätzt, während die Ausgaben in der dauernden Gebarung seit dem letzten Friedensjahre um rund 2700 Millionen Kronen gestiegen sind. Von irgendwelchen Ersparungen an überflüssigen Aemtern und überflüssigen Anstalten hört man nichts, obwohl der Mangel an Beamten hiezu drängen sollte. Unsere dringende Aufgabe sollte sein, den Abgang in der dauernden Gebarung, der auf 1618 Millionen Kronen veranschlagt ist, zu beseitigen. Es ist noch immer Zeit, einen ansehnlichen Teil dieses Defizits für das laufende Verwaltungsjahr zu beseitigen und auch die Beseitigung des Restes für das nächste Budgetjahr vorzubereiten. Allerdings dürfen Regierung und Parlament nicht empfindlicher sein als das Volk, das seine Stärke im Tragen und Erdulden immer bewährt und die Hoffnung auf das Vaterland nicht aufgegeben hat.

Während von 1883 bis 1893 die Einnahmen aus den direkten Steuern rasch über das Doppelte stiegen, betrug in den folgenden Jahrzenten die Zunahme nur $26^1/_2$, in dem letzten Jahrzehnt bis 1913 $36^1/_2$ Prozent. Dafür stiegen die Ausgaben sprunghaft. Die Justiz ist zweieinhalbmal, die politische Verwaltung und die Finanzverwaltung dreimal, die Sicherheitswache und die Mittelschule viermal so teuer geworden. Dafür, daß der Pensionsetat weiter ansteigt, sorgt die Dienstpragmatik.

Unter den Staatsbetrieben hat das Tabakmonopol sich auch im Kriege vortrefflich bewährt. Der Betriebsüberschuß betrug im letzten Friedensjahr 225 Millionen, jetzt ist er auf 336 Millionen Kronen veranschlagt. Auch der Reinertrag der Forste sowie der Bergwerke und Montanfabriken ist erheblich gestiegen. Dagegen ist der Staatsbahnbetrieb trotz der Tariferhöhungen passiv geblieben. Betriebseinnahmen und ordentliche Ausgaben decken sich bis auf einen Rest von 10 Millionen, so daß für die Investitionen im Betrage von 295 Millionen und für die Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals nichts übrig bleibt. Das Post- und Telegraphenwesen zeigt scheinbar einen Ueberschuß von 68 Millionen Kronen. Dieser wird aber jedenfalls durch die Kriegszulagen aufgezehrt, so daß für die Verzinsung des Anlage- und Betriebskapitals sowie für die Pensionen der Postbeamten nichts übrig bleibt. Scheinbar hat auch das Postsparkassenamt einen Ueberschuß von 7·5 Millionen Kronen, der aber mit Berücksichtigung der Kriegszulagen und der Entschädigung, die für den Postsparkassendienst bei den Sammelstellen geleistet werden sollte, einem namhaften Abgang Platz macht. Um so weniger begreiflich ist es, daß die Gebühren dieses Amtes sich der allgemeinen Erhöhung entzogen haben.

Von den neuen Steuern sollen tragen: Die Tariferhöhungen der Staatsbahnen 302 Millionen Kronen, die infolge der höheren Tarife höheren Einnahmen aus der Frachtsteuer und der Fahrkartensteuer 30 Millionen Kronen, die Weinsteuer 90 Millionen Kronen, die Zuckersteuer 80 Millionen Kronen, die Effektenumsatzsteuer 6 Millionen Kronen, die Kohlensteuer 180 Millionen Kronen, die allgemeine Erwerbsteuer 40 Millionen Kronen, die Grundsteuer 15 Millionen Kronen, die Erwerbsteuer zweiter Klasse, die Einkommensteuer und Rentensteuer 80 Millionen Kronen, zusammen 823 Millionen Kronen. Da von diesen Summen schon 171·8 Millionen Kronen an Eisenbahnfrachten und Eisenbahnverkehrssteuern in das Budget eingestellt sind, würde ein Betrag von rund 650 Millionen erübrigen, so daß von dem Abgange in der dauernden Gebarung von 1628 Millionen noch ein unbedeckter Rest von 978 Millionen übrig bliebe. Die Verzinsung der seit dem Jahre 1914 gemachten Staatsschulden erfordert 1794·9 Millionen; auch hinter diesem Erfordernisse bleiben die seit Kriegsbeginn beschlossenen und gegenwärtig beabsichtigten Mehreinnahmen von 1543 Millionen um rund 250 Millionen Kronen zurück. Hiebei ist zu bemerken, daß von den neuen Einnahmen von 823 Millionen nur 135 Millionen Kronen auf direkte Steuern entfallen, und daß von diesen 135 Millionen nur 55 Millionen den Erfindergedanken der Regierung verdanken. Bei aller Anerkennung für die neuesten Bemühungen der Regierung wird man sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß die Zeit von ihr und vom